

# Der sächsische Erzähler,

Wochenblatt für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtsblatt der Königl. Amtshauptmannschaft, der Königl. Schul-Inspection u. des Königl. Hauptsteueramtes zu Bauhen, sowie des Königl. Amtsgerichtes und des Stadtrathes zu Bischofswerda.

Diese Zeitschrift erscheint wöchentlich zwei Mal, Mittwochs u. Sonnabends, und kostet einschließlich der Sonnabends erscheinenden „belehrenden Beilage“ vierteljährlich 1 M. 50 Pf.

Gebühren für Inserate von auswärts werden, wenn von den Einsendern nicht anders bestimmt durch Postnachnahme erhoben.  
Sechsbunddreißigster Jahrgang.

Inserate, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis Dienstag und Freitag früh 8 Uhr angenommen und kostet die hochspannende Corpusspalte 10 Pf. Der geringere Inseratendruck 25 Pf.

## Bekanntmachung.

Nachdem der Rentmeister des Ritterguts Reschwitz, Herr Wilhelm Moritz Bretschneider daselbst, am heutigen Tage als Gutsvorsteher für das Rittergut Reschwitz mit Solzle in Pflicht genommen worden ist, so wird Solches andurch zur allgemeinen Kenntniss gebracht.  
Bauhen, den 16. Novbr. 1881.

Die Königl. Amtshauptmannschaft von Solzle.

D. Kupfer.

## Aufgebot.

Zur Ermittlung des Lebens oder Todes des Tischlers Friedrich August Weglich aus Schönbrunn, geboren am 30. December 1830, welcher im Jahre 1850 nach Amerika ausgewandert, seitdem aber verschollen ist, ist von dessen Bruder Johann Carl Weglich in Bischofswerda und dem Abwesenheitsvormunde Johann Carl August Biesche in Schönbrunn die Einleitung des Aufgebotsverfahrens beantragt worden.  
Der obengenannte Friedrich August Weglich wird daher andurch aufgefordert, in dem auf

den 1. December 1881,

Vormittags 10 Uhr,

Hiermit anberaumten Aufgebotstermine persönlich, oder durch einen gehörig legitimirten Bevollmächtigten an unterzeichneter Amtsstelle zu erscheinen und sich anzumelden, widrigenfalls derselbe für todt erklärt und sein Vermögen den sich legitimirenden Erben, resp. Gläubigern ausgeantwortet werden wird.  
Bischofswerda, am 13. Mai 1881.

Königliches Amtsgericht.  
Rüchler.

Von dem unterzeichneten Königl. Amtsgericht soll

den 28. November 1881

das dem Tagearbeiter Friedrich Wilhelm Steglich in Oberpucklau zugehörige Hausgrundstück Nr. 134 des Catasters, Nr. 256 des Grund- und Hypothekensuchs für Oberpucklau, welches Grundstück am 22. August 1881 ohne Berücksichtigung der Oblasten auf

1000 Mark

gewürdert worden ist, nothwendiger Weise versteigert werden, was unter Bezugnahme auf den an hiesiger Gerichtsstelle aushängenden Anschlag hierdurch bekannt gemacht wird.

Bischofswerda, am 15. September 1881.

Königliches Amtsgericht daselbst.  
Rüchler.

Freitag, den 25. November d. J., Vorm. 10 Uhr,

sollen im Amtsgerichtshofe hier verschiedene Klempnerwaaren, sowie eine Marktbude und eine Marktliste meistbietend gegen sofortige baare Bezahlung versteigert werden.

Königliches Amtsgericht Bischofswerda, am 19. November 1881.

Appolt, Ger.-Vollz.

## Politische Weltschau.

Das wichtigste Ereigniß der abgelaufenen Woche war die Eröffnung des neuen Reichstages durch Fürst Bismarck, da Kaiser Wilhelm an der Vollziehung dieses Actes verhindert war. Berliner Blätter erzählen nämlich, daß sich der Absicht des Kaisers noch in letzter Stunde ein Hinderniß entgegenstellte. In den Vormittagsstunden des Eröffnungstages hatte der Kaiser dem Staatsminister v. Bütticher auf eine Anfrage erwidern lassen, daß er den Act der Reichstagserröffnung selbst vollziehen werde; erst um 12 Uhr, als Herr v. Bütticher zum Vortrag im kaiserlichen Palais erschien, erhielt er von dem Monarchen die unbörherzusehende Mittheilung, daß die Ärzte ihm in Anbetracht des plötzlich eingetretenen ungünstigen Witterungsumschlags die Ausführung seines Entschlusses ernstlich widerriethen und er sich insolge dessen ihren Bedenken unterwerfen wolle. Nunmehr wurde sofort der Reichscanzler von der verwandelten Situation in Kenntniss gesetzt und mit der Verlesung des Actenstückes betraut. Dasselbe konnte nun aber in der Form, in welcher es unter der Voraussetzung abgefaßt war, daß der Kaiser selbst den Eröffnungsgestalt vollziehen würde, nicht bleiben, mußte vielmehr durchweg formelle Abänderungen erfahren. So kam es, daß die für die Reichstagsabgeordneten und die Deputirten bestimmten, bereits gedruckten Exemplare wieder cassirt wurden; neue drucken zu lassen, blieb aber bis zu der Eröffnungstunde keine Zeit mehr und so hat sich denn diesmal der noch nicht dagewesene Fall ereignet, daß die Thronrede in dem Augenblicke, da sie gehalten wurde, nur in dem einzigen handschriftlichen Exemplare vorhanden war, das bei dem offiziellen Acte Verwendung fand. — Wohl niemals trat ein Reichstag unter so eigen-

thümlichen Verhältnissen zusammen, wie diesmal, denn weder die Liberalen und Conservativen, noch die letzteren in Verbindung mit den Nationalliberalen sind stark genug, um der Regierung eine zuverlässige Stütze zu bieten. Trotzdem darf die Hoffnung nicht aufgegeben werden, diese Schwierigkeiten einer befriedigenden Lösung entgegenzuführen. Fürst Bismarck, der zunächst auf seinem Posten bleibt, hat vom Kaiser die Ermächtigung erbeten und erhalten, mit beiden Seiten der voraussichtlich katholisch-liberalen Reichstagsmajorität darüber zu verhandeln, ob und unter welchen Bedingungen sie — vereint oder getrennt — bereit sein würden, die Leitung der Reichsregierung in die Hand zu nehmen. Der Reichscanzler glaubte eine Entscheidung hierüber herbeiführen zu müssen, bevor er sich entschließt, sein Amt angesichts der Majorität weiter zu führen, deren Opposition wesentlich im Kampfe gegen seine Person sich concentrirt. Die Entscheidung des Kaisers kann nun allerdings erst nach erfolgter Constatirung des Reichstages erfolgen. Außerdem dürfte aber auch die Unterredung, welche am Dienstage zwischen dem deutschen Kronprinzen und dem Reichscanzler stattgefunden, von großer Bedeutung für die künftige Entwicklung unserer inneren Reichspolitik sein.

Um den Inhalt der Thronrede in aller Kürze zu skizziren, hebt dieselbe zunächst die fortschreitende finanzielle Entwicklung des Reiches und die guten Erfolge der eingeschlagenen Wirtschaftspolitik hervor. Dann kündigt sie als einzubringende Gesetzentwürfe an den Vertragsabschluss mit Hamburg, sowie den wiederholten Antrag auf Verlängerung der Subsidien- und Legationsperioden. Sie wendet sich weiter mit vieler Wärme den Vorlagen zu, welche die Beseitigung der sozialen Schäden bezwecken und stellt die Wiederherstellung des ungeschädigten Unfallversicherungs-Entwurfes sowie eines Gesetzes

über eine gleichmäßige Organisation des gewerblichen Krankencassenwesens in Aussicht. Die Alters- und Invalidenversorgungsfrage soll in der Form corporativer Genossenschaften unter staatlichem Schutze erstrebt, die Mittel hierzu, sowie zur weiteren Durchführung der Steuerreform und Entlastung von drückenden directen Landes- und Gemeindesteuern sollen durch Einführung des Tabakmonopols und größere Besteuerung der Getränke beschafft werden. Endlich spricht sich die Thronrede mit Befriedigung über die Lage unserer auswärtigen Politik aus und schließt mit den Worten: „Der Glaube an die friedliebende Zuverlässigkeit der deutschen Politik hat bei allen Völkern einen Bestand gewonnen, den zu stärken und zu rechtfertigen wir als unsere vornehmste Pflicht gegen Gott und gegen das deutsche Vaterland betrachten.“ — Die hochoffizielle „Provinzial-Correspondenz“ begleitet die Thronrede mit einigen Bemerkungen, die darauf hinauslaufen, daß die bisherige Politik des Reichscanzlers im Einvernehmen mit dem Kaiser stehe. Sodann heißt es weiter: Wenn der Kaiser für die gesammten Pläne des Canzlers auch Angesichts der gegenwärtigen Lage mit solcher Entschiedenheit eintritt, so ist für Fürst Bismarck zunächst kein Grund vorhanden, dem Dienste des Vaterlandes zu entsagen; nach dem Ausfall der Wahlen konnte es vielleicht zweifelhaft erscheinen, ob die Verbindung von der er stets sein Verbleiben abhängig gemacht, nämlich die volle Zustimmung und der tatsächliche Wille des Monarchen, noch in gleicher Kraft vorhanden sei. Die selbige Kundgebung des Kaisers, die unzweifelhaft den vorherigen persönlichen Eröffnungen entspricht, hat in dieser Beziehung keine Unklarheit mehr gelassen. Es wird sich nun darum handeln, ob sich im neuen Reichstag eine Mehrheit findet, welche bereit ist, die weitgreifenden Schritte